

Drei Jahre alter Rechtsstreit ist zu Ende

Urdorf Seit 2013 hat eine Ex-Nachbarin den Neubau der Heidenkeller-Liegenschaft mit zwei Einsprachen blockiert

VON DAVID EGGER

Die letzte Einsprache gegen das Bauvorhaben «Im Heidenkeller» in Urdorf ist seit Ende März endgültig vom Tisch. An diesem Tag hat die Baubewilligung Rechtskraft erlangt.

Zuvor hatte das Baurekursgericht einen neuerlichen Rekurs abgeschmettert, der die Entwicklung des «Heidenkellers» blockierte. Dort besitzt die Baugenossenschaft Limmattal fünf Mehrfamilienhäuser, die 1968 erstellt wurden.

Vier dieser Gebäude, die zusammen 50 Wohnungen beinhalten, will die Baugenossenschaft abreißen, damit sie über 60 neue Minergie-Wohnungen bauen kann. Mit der neuen Bebauung verschwinden zudem die Parkplätze im Boden.

Im September 2013 bewilligte die Gemeinde Urdorf das erste Baugesuch. Auch das Urdorfer Stimmvolk hatte sich positiv zum Vorhaben der Baugenossenschaft geäußert: An der Gemeindeversammlung von Ende November 2012 nahm die Gemeindeversammlung den privaten Gestaltungsplan «Im Heidenkeller/Keimlweg» an. Die Generalversammlung der Baugenossenschaft hatte dem Projekt bereits 2011 zugestimmt.

Einsprecherin ist weggezogen

Doch eine Urdorferin wehrte sich gegen die Baubewilligung - zu Recht, wie sich später herausstellte. Sie ist Eigentümerin einer benachbarten Liegenschaft, in der sie bis vor Kurzem selber wohnte.

Ihre erste Einsprache war von Erfolg gekrönt: Die Frau beanstandete, dass die

Mit ihrer ersten Einsprache hatte die Urdorferin noch Erfolg: Die Bauherrschaft musste das Projekt korrigieren.



Die Bauherrschaft darf die 1968er-Siedlung «Heidenkeller» in Urdorf definitiv abreißen und neu bauen. Doch mindestens bis September wird hier noch gewohnt. ARCHIV/FUO

Bauherrschaft den Gemeinschaftsraum der Liegenschaft an einem anderen Ort realisieren wollte als vom Gestaltungsplan vorgesehen. Diesem Anliegen der Einsprecherin wurde stattgegeben. Das daraufhin korrigierte Baugesuch wurde im Juli 2015 vom Gemeinderat bewilligt.

Doch wiederum hat die Nachbarin Einsprache erhoben: Diesmal kritisierte sie, beziehungsweise ihre Rechtsvertreterin, die Gutachten, mit denen das Projekt der Baugenossenschaft Limmattal beurteilt wurde. Den Verfassern der Gutachten hätten die Unabhängigkeit und die nötigen

Befähigungen gefehlt, habe die Gegnerin kritisiert - das sagt die Baugenossenschaft auf Anfrage der Limmattaler Zeitung.

Rekurs nicht weitergezogen

Doch mit diesem Rekurs ist die Ex-Nachbarin nun abgeblitzt. Danach hat sie ihn nicht ans Verwaltungsgericht weitergezogen. Vom Rekurs nicht betroffen war das fünfte Gebäude der Baugenossenschaft (Hausnummern 4 und 6) auf der gegenüberliegenden Strassenseite. Bei diesem war von Anfang an klar, dass es nicht abgerissen, sondern saniert werden soll,

um einen Anteil Wohnungen mit tiefen Mieten zu erhalten. Diese Sanierung wurde bereits 2015 abgeschlossen.

Zwischennutzung bis Herbst

Da der fast dreijährige Rechtsstreit beendet ist, befassen sich statt der Juristen wieder die Architekten mit dem Projekt. Sie müssen nun die Frage klären, ab wann im «Heidenkeller» gebaut werden soll. Das hängt vor allem von den Jahreszeiten ab, ist aber sicher nicht vor September dieses Jahres der Fall: Denn um das Areal während des Rechtsstreits nicht ungenutzt zu lassen, arbeitete die Baugenossenschaft mit der Zürcher Projekt Interim GmbH zusammen, die auf professioneller Basis Zwischennutzungen organisiert.

Ursprünglich hiess es, dass die Personen, welche die Wohnungen im Rahmen der Zwischennutzung belegen, bis Juni 2015 bleiben könnten, wegen des Rechtsstreits wurde das sogenannte Gebrauchsleihverhältnis aber verlängert - bis September 2016. Rund 90 Personen im Alter von 2 bis 60 Jahren wohnen bis dahin in der roten Liegenschaft. Seit dem Zwischennutzungsstart im April 2014 habe es nur zehn Wohnungswechsel gegeben, sagt Lukas Amacher vom Projekt Interim auf Anfrage. Er ist nicht überrascht davon, dass die Zwischennutzer länger bleiben konnten: «Die meisten Zwischennutzungsprojekte werden verlängert, aus verschiedensten Gründen.» Seit der Gründung im Jahr 2013 hat das Projekt Interim in der Schweiz fast 50 Zwischennutzungen organisiert. Jene in Urdorf ist die einzige im Bezirk Dietikon.



So klingt der Frühling Wie der Frühling riecht, ist bekannt: nach Blumen, geschnittenem Gras und frisch gewaschener Wäsche. Wer das Frühlingskonzert des Collegium Musicum Urdorf in der katholischen Kirche erlebte, weiss nun auch, wie er klingt: zum Beispiel so wie die «Zigeunerweisen» von Pablo

de Sarasate für Akkordeon, Streicher und Solo-Violine. Das von Balkanklänge inspirierte Stück, das die Geigerin Sira Eigenmann und Srdjan Vukasinovic auf dem Akkordeon (Bild) als krönenden Abschluss des Konzerts vom Sonntagabend zum Besten gaben, versetzte das Publikum in beschwingte Stimmung. Mit

dem international gefragten Akkordeonisten Srdjan Vukasinovic hatte Dirigent Pascal Druey ein goldenes Händchen. Aber auch die restlichen Musiker spielten grossartig - zum Beispiel die rumänischen Volkstänze von Béla Bartók sowie den von Vukasinovic komponierten «Dans 2». TEXT UND FOTO: CHRISTIAN MURER

Dietikon

Es kommt zum Zweikampf um den Schulpflegesitz

Die Dietiker Stimmbevölkerung wird am 5. Juni an der Urne über die Ersatzwahl eines Mitglieds der Schulpflege für den Rest der Amtsdauer bis 2018 befinden. Weil nach Ablauf der zweiten Frist nun zwei definitive Wahlvorschläge vorliegen, sind die Voraussetzungen für eine stille Wahl nicht erfüllt. Zur Wahl stellen sich Petra Vogt (SVP) und der parteilose Bernhard Schmidt, wie die Stadt Dietikon mitteilt. Schmidt kandidierte bereits im November 2014 für einen freien Sitz in der Schulpflege und lieferte sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Astrid Dätwyler (SVP), die sich dann im März 2015 im zweiten Wahlgang durchsetzen konnte. Im November 2015 trat Schmidt wiederum für eine Ersatzwahl an, unterlag diesmal aber im ersten Wahlgang - wiederum relativ knapp - Manuela Ehmann-Nydegger (EVP). Vogt kandidiert zum ersten Mal für die Schulpflege. (BHI)

Dietikon

Grünflächen werden besser organisiert

Die Stadt Dietikon erstellt ein Grünflächenkataster als Grundlage für ein neues Grünflächenmanagement, welches noch erarbeitet wird. Dies sei nötig, weil die Stadt sehr viele Grünflächen unterhalte, die keiner Verwaltungseinheit zugewiesen seien beziehungsweise nicht im Eigentum der Stadt seien, heisst es in einer Mitteilung. Zur Erfassung und Weiterverrechnung der von der Infrastrukturabteilung erbrachten Leistungen fehlen gemäss Mitteilung heute die Grundlagen. Nachdem die Grünflächen eindeutig zugeordnet worden sind, können die Unterhaltsarbeiten einfacher verrechnet werden. Der Stadtrat hat den Auftrag für die Erstellung des Katasters an die SWR Geomatik in Schlieren für knapp 67 000 Franken vergeben. (BHI)